EXPORTIEREN UM JEDEN PREIS?

Wie aus der Fixierung auf Agrarexporte sehr viel Handel mit vielen Nebenwirkungen wurde

Hätten Sie's gewusst? Seit Jahrzehnten ist Deutschland Netto-Nahrungsmittelimporteur, hat also jedes Jahr mehr Geld für importierte Agrarprodukte ausgegeben als für exportierte Waren landwirtschaftlichen Ursprungs eingenommen. Aber es ist nicht, wie es immer war. Der Wert der Agrarexporte des Landes hat sich von 1990 bis 2015 mehr als vervierfacht.[1] Deutschland ist 2015 zugleich Weltranglisten-Dritter beim Export von Agrargütern und Nummer 3 der weltweit am meisten importierenden Länder.

Der Bundesagrarminister Christian Schmidt gibt gerne den Handelsreisenden und jettet in den Iran, nach Uruguay, Brasilien und Argentinien. Mit einem Exportgipfel wollte Schmidt im Oktober 2015 den Willen der Regierung unterstreichen, Agrarexporte weiter zu stärken. 2016 stellte er die neuen Fördermaßnahmen seines Hauses vor: Für Messeteilnahmen im Ausland gibt es Zuschüsse, für Investitionen in der Ferne Ausfallbürgschaften. An seiner Seite weiß der Minister in dieser Frage den Deutschen Bauernverband, der seit Langem für mehr Weltmarktorientierung trommelt.

Bauernverband und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) befürworten die umstrittenen Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada beziehungsweise den USA. Die Auseinandersetzung um TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft EU-USA) und CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada) haben aber auch gezeigt, dass der mächtige Bauernverband keinesfalls ungebrochen Zustimmung zu seinem Kurs erfährt. Zu viele Bäuerinnen und Bauern erlebten, wie gnadenlos sie in diesem Hamsterrad aus immer mehr Produktion zu immer geringeren Preisen im Stich gelassen wurden.

Die Milchpreiskrise führte 2015 und 2016 drastisch vor Augen, wohin die Politik der billigen Massenprodukte führt: Jeden Tag gaben 2015 im Schnitt 8 Milchviehbetriebe (oft nach Generationen kontinuierlicher Kuhhaltung) auf. Tägliche Verluste zwangen dazu und trieben andere Höfe tiefer in die Schuldenfalle. Auch die, die vermeintlich „alles richtig gemacht" und umfangreich in neue Ställe und größere Herden investiert hatten.

„Nebenbei" zerstört überschüssiges Fleisch oder massenweise billiges Milchpulver in anderen Ländern Existenzperspektiven und führt zu scharfer Kritik kleinbäuerlicher Netzwerke und entwicklungspolitischer Organisationen.

Neoliberale Politik gegen bäuerliche Landwirtschaft

Die heutige Export-Orientierung hat zahlreiche Wurzeln. Da wären die Welthandelsorganisation (WTO), die Europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Lissabon-Strategie der EU und nicht zuletzt umtriebige LobbyistInnen der international agierenden Agrarkonzerne.

Als die damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 zum ersten Mal Pläne einer Gemeinsamen Agrarpolitik verabschiedeten, litt die Landwirtschaft noch an den Folgen des Krieges. Die Ernährung der Bevölkerung war sicherzustellen und der Wiederaufbau auf dem Lande zu stärken. Dafür wurden umfangreich Gelder bereitgestellt – der größte Posten des EU-Haushaltes. Die Preissicherungs-Strategie ging zunächst auf – aber sie führte zu einer Überproduktion, die nicht mehr kontrollierbar schien. Milchseen und Butterberge und in den Meeren verklappte Tomaten zeigten in den 80ern, dass eine Strategieänderung hermusste. Neben Absatzförderungen und Flächenstilllegungsprämien kam die Orientierung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

In dieser Zeit verhandelten die Staaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT die Grün-

© flippy whale (BY-NC 2.0)

Deutschland ist Exportweltmeister beim Schweinefleisch. Auch die hierzulande weniger nachgefragten Schweinefüße schicken wir bis nach China.

dung der Welthandelsorganisation WTO. Die „Globalisierung" war in aller Munde und wurde auch nach Margaret Thatcher und Ronald Reagan weitestgehend neoliberal gedacht. Möglichst wenig Staat und möglichst viel Spielraum für die Wirtschaft waren das Credo. Die Regierungen der handelsstarken Länder versprachen ihren WählerInnen Wohlstand und Wachstum und unterstützten auf vielfältige Weise besonders große Wirtschaftsakteure in ihrem eigenen Land. Die Mitgliedsländer der EU vereinbarten im Jahr 2000 ihre „Lissabon-Strategie". Die EU zielt darauf ab, der weltweit stärkste Wirtschaftsraum zu werden und beim Export alle anderen zu übertrumpfen.

Dabei hatte die Landwirtschaft immer eine gewisse Sonderrolle inne. Während es in etlichen Teilen der Agrarbranche echte Großkonzerne gibt (Pestizide, Saatgut, Dünger, internationaler Handel, Lebensmittelverarbeitung, Einzelhandel), passiert der tatsächliche Anbau und die reale Tierhaltung an ganz vielen Orten, direkt auf der Scholle. Wenn Menschen auf dem Lande keine Perspektiven mehr sehen, ziehen sie in die Städte – und nicht zuletzt gerät die Versorgung der Bevölkerung in Gefahr.

Die tödlichen Folgen der umfangreich gewährten Exportsubventionen in den Ländern des Globalen Südens wurden durchaus diskutiert und auch ökologische Fragen der ungebremsten Produktion. Aber während die WTO den Abbau von Exportsubventionen zum Prinzip machte, nahm sie dieser Entscheidung durch lange Übergangsfristen erstmal die Wirkung. Gleichzeitig setzte die WTO auf Marktöffnungen, damit den Exportwilligen möglichst keine Kundschaft, wo auch immer auf der Welt, entkommen konnte.

Die EU-Agrarpolitik bildete beides ab: Um Exportprodukte nicht mehr so umfangreich direkt zu fördern, wurden die Subventionen von tatsächlich gehaltenen Tieren oder angebauten Feldfrüchten entkoppelt und nach und nach kamen Umweltauflagen für die Bäuerinnen und Bauern dazu. Die Idee, den globalen Wettbewerb weiterzuentwickeln, trat in den Vordergrund. Gerade der Bauernverband, an dessen Tischen immer auch die größten AgrarhändlerInnen und Saatgutunternehmen, Molkereien und DüngefabrikantInnen ihren Platz hatten, schwärmte von schier unendlichen Märkten in aller Welt.

Die Globalisierung der Tierhaltung

2016 war Deutschland Exportweltmeister beim Schweinefleisch. Das geht unmittelbar einher mit einer Rekordnachfrage nach Eiweißfutter für die Schweine, das aus Brasilien oder Argentinien in Form von Soja die Import-Zahlen in die Höhe treibt.

Diese Zahlen drücken viele „Nebenwirkungen" nicht mit aus. Nicht die Züchtung auf immer schnelleres Erreichen der Schlachtreife bei großem Leid für die Tiere und nicht das Gülleproblem: Dem umfangreichen Nährstoffimport steht eine Überlastung der Böden und des Grundwassers hierzulande mit Nährstoffen gegenüber. Zu den dunklen Seiten der Massenproduktion gehören auch Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen, die FernsehzuschauerInnen eher aus Reportagen aus Ländern des Globalen Südens kennen. Dort schuften LeiharbeiterInnen aus Rumänien, kennen kaum ihre Rechte, werden schlecht bezahlt und müssen für Unterkunft und Arbeitswerkzeug extra zahlen.

Ein wachsender Teil des Schweinefleisches wird bis ins ferne China verschickt, vom Schnitzel bis zu den in Deutschland weniger nachgefragten Schweinefüßen, -köpfen oder -ohren. Trotzdem sind die wichtigsten Fleischhandelspartner weiterhin innerhalb der EU zu finden. Dort fällt es aber wohl selbst Fans von Agrarexporten schwer, die Vorteile des großen Grenzverkehrs zu erkennen. Wem nützt es, wenn 2015 Fleisch für 1,07 Milliarden Euro von Deutschland in die Niederlande gefahren und für 1,18 Milliarden Euro Fleisch in die Gegenrichtung auf Straße und Schiene geschickt wird?[2]

Welternährung predigen, „Energiepflanzen" beschließen

Das Volumen des Agraraußenhandels stieg auch, weil Bundesregierung und EU Energiepflanzen zu einem Zukunftsprojekt erklärten. Seit 2011 ist im E10-Benzin ein Zehntel Sprit pflanzlichen Ursprungs vorgeschrieben. Dafür wird unter anderem Mais angebaut und Zuckerrohr importiert. Von den 1,5 Millionen Tonnen Palmöl, die jährlich in die Bundesrepublik importiert werden, landet über die Hälfte als Biodiesel im Tank.

Schon 2008 erklärte die Weltwasserkonferenz, dass die verfügbaren Mengen unbelasteten Süßwassers nicht für die Masse der geforderten Energiepflanzen und die Nahrungspflanzen gleichzeitig reichen. Im selben Jahr kam es weltweit zu drastischen Preissteigerungen der Lebensmittel und Hungerprotesten. Identifiziert wurden dafür mehrere Ursachen, aber die Treibstoffproduktion aus Lebensmitteln spielte eine zentrale Rolle dabei.

Gegenwind macht Hoffnungen – muss aber noch auffrischen

Während die bisherigen Bundesregierungen und die Funktionäre des Deutschen Bauernverbandes wenig Einsicht zeigen, wird der Widerstand gegen ihre Exportstrategie stärker. Die Breite und Wirkung der Bewegung gegen das TTIP-Abkommen macht Hoffnungen für die zukünftigen Auseinandersetzungen um die Fragen der Export-Orientierung und ihrer Rahmenbedingungen. Im Zuge der Milchkrise formulierten viele Milchbäuerinnen und -bauern die Notwendigkeit von Mengenreduzierungen. Innerhalb der WTO entwickelten viele Länder des Globalen Südens schon vor Jahren eine deutliche Opposition gegen die pauschale und ständige Marktöffnungsforderung der exportstarken Staaten.

Jutta Sundermann

Die Autorin lebt als freie Publizistin und Aktivistin in einem Hofprojekt im Landkreis Verden. Sie gründete 2000 Attac in Deutschland mit und entwickelte dort zahlreiche Kampagnen wie zum Discounter Lidl und zum Thema Lebensmittelspekulation mit. 2014 gründete sie Aktion Agrar.

1 BMEL (2015): Deutscher Agraraußenhandel 2015. http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agraraussenhandel2015.pdf?__blob=publicationFile.

2 BMEL (2015): Deutscher Agraraußenhandel 2015. http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agraraussenhandel2015.pdf?__blob=publicationFile.